

**Sperrfrist bis 2. Mai 2007
10.00 Uhr**



Frühjahrs-Medienkonferenz 2007
Mittwoch, 2. Mai 2007

Wachstumspolitische Postulate für die kommende Legislatur

- 1 Bildung und Forschung**
- 2 Energie und Umwelt**
- 3 Finanzen und Steuern**
- 4 Wettbewerbspolitik**
- 5 Aussenwirtschaftspolitik**

1 Bildung und Forschung: mehr Mittel und Effizienz, bessere Koordination

Die Schweiz belegt auf dem jüngsten Innovationscoreboard der EU – ein Sammelindex für die Leistung eines Landes im Bereich Bildung und Forschung – den zweiten Platz. In punkto Wettbewerbsfähigkeit haben wir im WEF-Rating 2006 sogar den ersten Platz gesichert. Dass die Schweiz in den jüngsten internationalen Ranglisten zur Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit stets in der Spitzengruppe figuriert hat, ist ausserordentlich erfreulich.

In einem marktwirtschaftlichen System sind die primären Innovationsträger Unternehmer und Unternehmen mit ihren motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Innovationen sind nicht das Produkt von Konsensgremien. Sie sind auch nicht das Ergebnis einer staatlich gelenkten Technologie- oder Innovationspolitik nach dem „picking the winner“-Prinzip. Innovationen entstehen dezentral in den über das ganze Land verteilten 300'000 grossen, mittleren und kleinen Unternehmen. Sie alle, vor allem aber die KMU, sind auf eine innovationsfreundliche Wirtschaftspolitik und ein massvolles Regulierungsumfeld angewiesen, um sich positiv entfalten zu können. Innovationsstarke Unternehmen und leistungsfähige, mit der Praxis gut zusammenarbeitende Forschungsinstitutionen sind die zentrale Voraussetzung für stabiles Wachstum und hohe Beschäftigung.

Innovationen brauchen Bildung und Forschung. economiesuisse ist stets für ein leistungsfähiges Bildungs- und Forschungssystem eingestanden. Die Wirtschaft hat immer mit Nachdruck dafür gekämpft, dass die staatlichen Mittel auf die Bereiche verteilt werden, von denen die grössten Impulse ausgehen: Berufsbildung, Hochschulen, Grundlagenforschung und angewandte Forschung und Entwicklung. Die

Schweiz ist heute mehr denn je auf ein gutes, leistungsförderndes Schulsystem, eine auf den Arbeitsmarkt angepasste zukunftsorientierte Berufsbildung und eine exzellente Ausbildung an unseren Hochschulen angewiesen. Dazu gehört eine erstklassige Forschung in den für die Volkswirtschaft wichtigen Disziplinen. Zwar kann sich auch die Schweiz in Bildung und Forschung heute nicht jeden Luxus leisten. Was aber in den zentralen Bereichen getan wird, muss den höchsten internationalen Ansprüchen genügen.

Postulate: Bildung und Forschung

BFI-Botschaft: Lohnende Investition in mehr Innovation

Die BFI-Botschaft orientiert sich an zwei strategischen Zielen: erstens an der nachhaltigen Sicherung und Steigerung der Qualität im Bildungsbereich und zweitens an der wissenschaftlichen Exzellenz sowie der Wettbewerbsfähigkeit im Bereich von Forschung und Innovation als Voraussetzung für ein solides Wachstum. Dieses Jahr geht es darum, die Zahlungskredite für die Träger unseres Bildungs-, Forschungs- und Innovationssystems zu erneuern. Der Bundesrat hat am 24. Januar 2007 mit der BFI-Botschaft 2008 bis 2011 einen Vorschlag gemacht, der auf ein jährliches durchschnittliches Wachstum von sechs Prozent basiert. Hinter dieser jährlichen Wachstumsrate des Globalkredits stehen für die wichtigen Träger des Bildungs- und Forschungsprozesses zum Teil wesentlich höhere Steigerungsraten des Zahlungskredits (8,7 Prozent für die Berufsbildung, 7,8 Prozent für die Fachhochschulen, 7,5 Prozent für den Nationalfonds und 7,3 Prozent für die KTI). **Für economiesuisse ist es unerlässlich, dass Naturwissenschaften und Ingenieurausbildung zukünftig mehr Gewicht erhalten. Auch die Berufsbildung muss ein klarer Schwerpunkt sein.** Die Wirtschaft erachtet die rund 21,2 Mrd. Franken schwere Vorlage als solide Basis, damit die Schweiz ihren guten Platz in der globalen Wissensgesellschaft behaupten kann. **Nötig sind allerdings strukturelle und organisatorische Anpassungen sowie die richtige und effiziente Mittelverwendung.**

Die Finanzen sind das eine, die Struktur, Organisation und Effizienz des Bildungs- und Forschungssystems sind das andere. Ein zukunftssicherndes Bildungs- und Forschungssystem, das für die Schweiz zentral ist, darf nicht an den Finanzen scheitern. Höhere Bildungsausgaben werden nicht automatisch in eine Verbesserung des Humankapitals transformiert, und höhere staatliche F+E-Ausgaben führen nicht unmittelbar zu höherem Wachstum. Ausreichende finanzielle Mittel sind somit eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für Erfolg in Bildung, Forschung und Innovation. Ebenso bestimmend sind der effiziente Mitteleinsatz und ein Umfeld, das Kreativität, Motivation, Risikobereitschaft und Neugierde weckt und fördert. Diese „weichen“ Faktoren lassen sich über die BFI-Botschaft nicht unmittelbar beeinflussen bzw. steuern.

Es braucht eine Gesellschaft, die offen ist für Neues – eine die Leistung und Unternehmertum bejaht. Zudem sind Ausgaben für Bildung und Forschung letztlich nur dann eine Investition in die Zukunft, wenn sie nicht mit wachsenden Schulden erkaufte werden, die eine Hypothek für Wirtschaft und Gesellschaft sind. Mit der Priorisierung des BFI-Bereichs setzt der Bundesrat ein wichtiges Zeichen. Entscheidend dabei ist, dass die vorgesehenen BFI-Mittel über die gesamte Budgetperiode verlässlich zur Verfügung stehen. Das ist wichtiger, als jetzt euphorisch den Rahmenkredit zu erhöhen, um später festzustellen, dass dieser Kurs nicht durchgehalten werden kann.

Hochschulrahmengesetz: Bund und Kantone sollen besser zusammenarbeiten

Mit der neuen Bildungsverfassung hat sich die Schweiz für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen im Hochschulwesen ausgesprochen. Jetzt muss im Rahmen des Hochschulrahmengesetzes rasch eine rechtliche Lösung gefunden werden, die es unseren Hochschulen gestattet, sich im internationalen Bildungsmarkt eigenständig zu positionieren. Dazu braucht es grösstmögliche Autonomie für die einzelnen Hochschulen, aber auch Mut für eine klarere Differenzierung innerhalb der Hochschullandschaft. Die Schweiz hat nicht das Potenzial, um alle über 60 Hochschulen in der Top-Liga etablieren zu können. Jede Hochschule soll selbst entscheiden, wo sie im Kontinuum zwischen Forschungsuniversität und Hochschule für die Lehre stehen will. Einzelne Hochschulen mit globaler Ausstrahlung sollten besonders behandelt werden. **Aus unserer Sicht darf die Hochschullandschaft Schweiz nicht erst 2012 kommen. Die Dynamik der globalen Wissensgesellschaft verlangt nach schnelleren Anpassungen und Lösungen.** Das gilt nicht nur beim Hochschulrahmengesetz, sondern im Bildungsbereich generell. Es braucht kürzere Zeithorizonte für Entscheidungen.

Offenheit für Technologietransfer

Erfolgreiche Innovation ist mehr und mehr auch von einer unkomplizierten Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Unternehmen abhängig. Zwar funktioniert der Wissens- und Technologietransfer in der Schweiz nach den Untersuchungen der KOF/ETH schon recht gut. Auch das Innovationsscoreboard der EU-Kommission attestiert unserem Land international eine gute Position. Aber es funktioniert nicht alles so reibungslos, dass die Verbindung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft nicht noch enger geknüpft werden könnte. Dazu braucht es weder neue Instrumente noch neue Gremien. Dazu braucht es auf beiden Seiten noch mehr Offenheit und die Einsicht, dass beide daraus gewinnen können, ohne dass ihre genuinen Funktionen verwischt werden. Deshalb appellieren wir an die Unternehmen – vor allem KMU – und an die Hochschulen, noch bestehende Scheuklappen abzulegen und aufeinander zuzugehen. Es bieten sich auf diesem Feld noch viele unausgeschöpfte Möglichkeiten für Public-Private-Partnerschaften an (Dialogforen, gemeinsame Forschungsprogramme, geteilte Forschungsinfrastrukturen, Personalaustauschprogramme usw.).

2 Energie und Umwelt: auf Marktkräfte setzen

Die Schweiz hat in der Energiepolitik im internationalen Vergleich eine ausgezeichnete Ausgangslage: **Wir sind energieeffizient und unser Umgang mit Energie ist sehr umwelt- und ressourcenschonend.** Unsere Energieversorgung ist darüber hinaus zuverlässig und kostengünstig. Für die Wirtschaft sind dies zentrale Faktoren. In der seit rund einem Jahr angelaufenen Energiediskussion werden all diese Faktoren nur wenig gewürdigt.

- **Die Stromversorgung der Schweiz ist heute nahezu CO₂-frei.** Das haben wir zu rund 60 Prozent dem Einsatz der Wasserkraft zu verdanken. Die Schweiz hat die Bedeutung der erneuerbaren Ressource für die Stromproduktion schon sehr früh erkannt. Jedenfalls viele Jahrzehnte vor der EU, die nun innerhalb weniger Jahre einen vergleichbaren Anteil an erneuerbaren Energien und ähnlich tiefe CO₂-Emissionen wie die Schweiz erreichen will.
- Weitere rund 40 Prozent der Stromerzeugung beruhen auf dem **Einsatz der Kernenergie. Diese ist praktisch CO₂-frei** und liefert zuverlässig und kostengünstig Strom. Ihr Brennstoff ist lagerbar und kommt aus verschiedenen westlichen Ländern. Lieferengpässe werden weder heute noch morgen ein Thema sein. Der schweizerische Strommix ist ideal. Bezüglich CO₂-Emissionen kann sich die Schweiz im internationalen Vergleich gut sehen lassen. Pro Kopf der Bevölkerung stösst die Schweiz am wenigsten Treibhausgase unter den Industriestaaten aus. In Bezug auf den Klimaschutz hat die schweizerische Wirtschaft ihre Hausaufgaben gemacht. Die **Energie-Agentur der Wirtschaft** hat mit rund 1600 Unternehmen Vereinbarungen zur Verbesserung der Energieeffizienz und zur Reduktion von CO₂-Emissionen abgeschlossen. Pro Jahr können damit 0,4 Mio. Tonnen CO₂ eingespart werden. Hinzu kommen die Aktivitäten der Stiftung Klimarappen, die einen massgeblichen Beitrag zur Reduktion der CO₂-Emissionen von jährlich 1,8 Mio. Tonnen CO₂ im In- und Ausland leisten. Dank diesen Beiträgen dürfte die Schweiz als eines der wenigen Länder ihr Kyoto-Ziel erreichen.

Es ist daher nicht erstaunlich, dass die Schweiz in Sachen Umwelt und Energieeffizienz zu den global führenden Ländern zählt. Erst kürzlich hat das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln einen Benchmarkvergleich zur Umwelteffizienz veröffentlicht, der die Bereiche Wasserverbrauch, Luftreinhaltung und Energieeffizienz zusammenfasst. Die Schweiz steht an zweiter Stelle hinter Irland. Zweifellos gehört die Schweiz zu den Vorreitern punkto Umweltschutz und Ressourcenschonung. Nochmals verdeutlichen das die Zahlen zur Energieeffizienz.

Postulate Energie und Umwelt

economiesuisse kämpft für wirtschaftliches Wachstum. Wirtschaftliches Wachstum ist Voraussetzung für Wohlstand und soziale Sicherheit in der Schweiz. Die Energiepolitik muss einen Beitrag zum Wachstum von Werk- und Dienstleistungsplatz leisten. Dabei ist im Weiteren anzustreben, dass wirtschaftliches Wachstum und Nachhaltigkeit nicht im Widerspruch zueinander stehen. Unsere Forderungen im Bereich Energie und Umwelt orientieren sich daher an folgenden Leitplanken:

1. Versorgungssicherheit
2. Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente
3. Umweltgerechtigkeit
4. Vermeidung von geopolitischer Abhängigkeit (Diversifikation)
5. Preisliche Wettbewerbsfähigkeit

Wachstum braucht Strom

Die Auslandabhängigkeit unserer gesamten Energieversorgung ist hoch; das bestätigen die Perspektiven des Bundes. **Zentral ist auch in Zukunft der freie Zugang zu den internationalen Energiemärkten.** Westeuropa läuft in eine gewaltige Lücke des Energieangebots. Problematisch sind die Perspektiven vor allem beim Strom. Dort werden wir in wenigen Jahren mit Engpässen und bis Ende des nächsten Jahrzehnts mit einer Stromversorgungslücke konfrontiert sein. Die letzten 35 Jahre haben gezeigt, dass der Stromverbrauch relativ konstant mit dem Wachstum der Wirtschaft zunimmt. Wächst die Wirtschaft um ein Prozent, steigt der Verbrauch um 1,8 Prozent. Ein florierender Werk- und Dienstleistungsplatz braucht auch in Zukunft mehr Strom.

Für eine langfristig sichere Stromversorgung

Alleine in den letzten 15 Jahren ist der Stromverbrauch um rund 25 Prozent gestiegen, während die inländische Erzeugung nur um rund zwölf Prozent zulegen konnte. Mit der Ausserbetriebnahme der ersten Kernkraftwerksgeneration und dem Ende der Lieferverträge aus Frankreich klappt 2020 eine Lücke von sieben bis zehn TWh. 2035 wächst die Lücke ohne Gegenmassnahmen auf 25 bis 30 TWh. Das entspricht annähernd der Hälfte des heutigen Stromverbrauchs. Mit Einsparungen alleine kann diese Stromlücke nicht gestopft werden. Das Szenario einer „2000-Watt-Gesellschaft“ operiert mit unrealistischen Annahmen und bietet keine Lösung. Die Schweiz wird nicht darum herumkommen, die Lücke mit neuen Grosskraftwerken zu schliessen.

Die im Februar vom Bundesrat beschlossene Neuausrichtung der Energiepolitik geht in dieser Frage in die richtige Richtung. **Auch für die Wirtschaft sind die Verbesserung der Energieeffizienz, die Forschung zur Förderung der erneuerbaren Energien, die Nutzung der Wasserkraft sowie der Ersatz der Kernkraftwerke vorrangig.** Angesichts der absehbar raschen Verschlechterung der Stromversorgung muss möglichst bald eine politische Entscheidung über den Ersatz und den Bau neuer Kernkraftwerke gefällt werden. Dazu soll aus Sicht der Wirtschaft die Beschleunigung der Verfahren geprüft werden. Auch Abklärungen zur nuklearen Entsorgung sollen mit Nachdruck weitergeführt werden. Dazu gehören sowohl Standortabklärungen als auch Forschung an neuen technologischen Möglichkeiten.

Klimaschutz mit marktwirtschaftlichen Instrumenten

Auch im Klimaschutz halten wir den marktwirtschaftlichen Ansatz für den richtigen Weg. **Im Vordergrund steht die Teilnahme am internationalen Handel mit CO₂-Zertifikaten.** Aus Sicht der Wirtschaft muss dieser für die Zeit nach 2012 verstärkt werden. Der Handel mit Emissionsrechten dürfte wohl eine der bleibenden Errungenschaften des Kyoto-Protokolls sein. Der Ansatz erlaubt die grösstmögliche Flexibilität für Reduktionen. Der Handel von Emissionsrechten ist einer starren Energieabgabe vorzuziehen, weil bei einer starren Energieabgabe der Staat den Kohlenstoffpreis festsetzt.

Keine Benachteiligung der Schweizer Wirtschaft mit einer Energieabgabe

Ziel einer effizienten Umweltpolitik muss die Lenkung der schädlichen Emissionen sein. **Mit der heutigen CO₂-Abgabe und den freiwilligen Massnahmen folgt die Schweiz bereits einem marktwirtschaftlichen Ansatz.** Neue staatliche Eingriffe unter dem Deckmantel einer ökologischen Steuerreform sind nicht gerechtfertigt. Die vom Bund und der Verwaltung ausgearbeiteten Pläne zur Einführung einer umfassenden Energieabgabe lehnen wir daher entschieden ab. Die Folgen dieses nationalen Alleingangs wären für die Volkswirtschaft äusserst gravierend. Die Energiepolitik darf nicht dazu führen, dass Unternehmen aus Gründen der Konkurrenzfähigkeit die Schweiz verlassen. Wie die Erfahrungen mit der bestehenden Klimapolitik zeigen, funktionieren insbesondere die freiwilligen Massnahmen ausgezeichnet. Ihr Potenzial ist noch längst nicht ausgeschöpft.

3 Finanzen und Steuern: Standortvorteile laufend verbessern

Im internationalen Standortwettbewerb ist der Bereich Finanzen und Steuern nach wie vor ein zentraler Faktor. economiesuisse hat sich deshalb in der Vergangenheit stets mit Nachdruck für die Sanierung der Bundesfinanzen und wettbewerbsfähige Steuern eingesetzt.

Bundesfinanzen vorläufig wieder im Lot

economiesuisse hat schon frühzeitig vor der Schieflage der Bundesfinanzen gewarnt und mit dem Ausgabenkonzept einen Weg zur Sanierung aufgezeichnet. Der entsprechende Druck hat massgebend dazu beigetragen, dass zwei Entlastungsprogramme im Gesamtumfang von jährlich 5 Mrd. Franken relativ gut durch die politische Pipeline gingen. Allerdings: **Weitere Hausaufgaben mit tiefgreifenden Strukturreformen stehen den Bundesfinanzen noch bevor.**

Lösung der indirekten Teilliquidation im Interesse der Nachfolgeplanung

Dank des Drucks von economiesuisse ist es endlich zu einer Lösung gekommen. Doch die Umsetzung durch die Eidgenössische Steuerverwaltung muss noch dem Gesetzgeberwillen entsprechen. economiesuisse wird das Geschäft weiterverfolgen.

KMU-Steuerreform parlamentarisch unter Dach und Fach

Aufgrund des Drucks von economiesuisse konnte die Unternehmenssteuerreform für die Wirtschaft zufriedenstellend im Parlament verabschiedet werden. Damit sind aber noch nicht alle steuerpolitischen Hausaufgaben gemacht. Im Moment ist es nur ein Etappensieg. **Für die vor allem für KMU wichtige Reform wird eine breite Allianz entstehen:** Eine erfolgreiche Mobilisierungsaktion hat die Wirtschaft bereits lanciert. Bundesrat, bürgerliche Parteien, Kantone und Wirtschaft stehen ebenfalls voll hinter der Reform. Die Ausgangslage für den Referendumskampf ist damit gut.

Postulate Finanzen und Steuern

Bundesfinanzen: Strukturreformen und Aufgabenüberprüfung bleiben nötig

Die Situation in der Finanzpolitik ist wie „le calme avant la tempête“. Denn milliardenhohe Mehrbelastungen sind in naher Zukunft absehbar. Dabei ist der Verdrängungseffekt des Sozialbereichs gegenüber anderen Aufgabenbereichen der zentrale Punkt. Zudem muss der seit Beginn der neunziger Jahre starke Anstieg der Staatsquote wieder zurückgeführt werden. Dafür sind Korrekturen notwendig. **In der kommenden Legislatur sind Lösungen und tiefgreifende Reformen in kostenintensiven Arbeitsbereichen gefragt:** Sozialbereich, Landwirtschaft, Verkehr. Denn wenn die Entwicklung ungebremst weiter geht, wird sich der Staat in zwanzig Jahren praktisch nur noch um Soziales kümmern; Mittel für andere Aufgabenbereiche stehen nicht mehr genügend zur Verfügung. Das gleiche Bild zeigt sich sogar innerhalb des Sozialbereichs, dort wo die IV die AHV finanziell bedrängt. **Hier ist die 5. IV-Revision ein erster, dringend notwendiger Schritt in die richtige Richtung. Generell ist strikte an der Schuldenbremse festzuhalten:** Ausserordentliche Erträge sind zur Schuldentilgung zu verwenden.

Steuerwettbewerb ist ein Erfolgsfaktor mit Zukunft

Der interkantonale Steuerwettbewerb in der Schweiz ist ein Erfolgsfaktor, vor allem auch im internationalen Kontext. Das beweisen die Diskussionen über Pauschalsteuern und der EU-Druck auf die kantonalen Regimes. Steuerwettbewerb bringt Wachstum, Arbeitsplätze und gesunde Finanzen mit sich. Gleichzeitig sind die Einkommens- und Gewinnsteuereinnahmen seit mehreren Jahrzehnten gestiegen. Ein „race to the bottom“ oder ein „ruinöser“ Steuerwettbewerb lässt sich empirisch nicht belegen. Diesen gesunden und gewinnbringenden Steuerwettbewerb soll die SP-Steuerharmonisierungs-Initiative aushebeln. Das könnte sehr schnell zur Abwanderung von guten Steuerzahlern führen. Die Konse-

quenz dieser Politik ist klar: massgebliche Steuereinnahmen von Bund, Kantonen und Gemeinden sinken; über den Finanzausgleich sind davon alle Kantone negativ betroffen. Um diese Verluste kompensieren zu können, würde die Steuerbelastung des Mittelstands zunehmen oder staatliche Leistungen würden gekürzt. Quintessenz: **Die SP-Steuerharmonisierungs-Initiative ist eine Steuererhöhungs-Initiative.** Die Wirtschaft wird das entschieden bekämpfen.

Unternehmenssteuerreform II: KMU wirksam entlasten, steuerliche Ärgernisse beseitigen

Nach der erfolgreichen Unternehmenssteuerreform I folgt nun mit der Unternehmenssteuerreform II eine Steuerreform, von der vor allem KMU profitieren. Heute werden die Gewinne zweimal besteuert – beim Unternehmen und beim Aktionär. **Die Reform entschärft das Problem zumindest für Unternehmer und Familiengesellschaften.** Zudem werden steuerliche Ärgernisse für Personengesellschaften beseitigt. Damit ist die Unternehmenssteuerreform II klar eine KMU-Vorlage, die Wachstum bringt, massvoll ist, auf bewährte Stärken der Schweiz setzt und sehr breit mitgetragen wird. Die Linke aber will über das Referendum einen ideologisierten Kampf gegen „Grossaktionäre“ ausfechten. Und das, obwohl die Unternehmenssteuerreform II Unternehmer, Personengesellschaften, Familienaktiengesellschaften und KMU in allen Regionen der Schweiz und durch alle Branchen stärken wird, weil sie steuerliche Hindernisse aus dem Weg räumt.

Mehrwertsteuerreform: Einheitssteuersatz anvisieren

Die Vereinfachung des Schweizer Mehrwertsteuersystems muss zügig vorangetrieben werden. **Die Unternehmen sollen administrativ spürbar entlastet, Rechtssicherheit und Transparenz müssen hergestellt werden.** Das EFD hat eine Revisionsvorlage vorgelegt, die die Bedürfnisse der Wirtschaft aufnimmt und über die dringenden technischen Anpassungen hinaus richtige Verbesserungen aufzeigt. Die Endbelastung der Unternehmen durch die Taxe occulte ist so falsch wie Wettbewerbsverzerrungen durch unterschiedliche Steuersätze. Die bundesrätlichen Bemühungen für eine möglichst weitgehende Annäherung an eine für die Unternehmen (= Inkassostellen des Bundes) neutrale Konsumsteuer sind richtig und zu unterstützen.

Steuerreformprozess ist eine Daueraufgabe: Reduktion der Gewinnsteuer auch beim Bund

Mit der KMU- und der Mehrwertsteuerreform ist der Prozess der Steuerreformen nicht abgeschlossen. Massgebliche Länder im EU- und OECD-Raum haben die Unternehmenssteuern in den letzten Jahren signifikant gesenkt. Als Folge des intensiven Standortwettbewerbs ist das schweizerische Steuersystem laufend zu überprüfen und zu verbessern. Steuerreformen und steuerliche Entlastungen sind eine Daueraufgabe. **Als Nicht-EU-Mitglied ist die Schweiz steuerpolitisch zu 100 Prozent souverän und hat entsprechende Freiräume, die sie standort- und wachstumspolitisch optimal nutzen sollte.** So ist z.B. der Reformprozess in den Kantonen (Absenkung der Gewinnsteuer) und auf Bundesebene sehr zu begrüssen. **Angesichts der deutlichen Absenkung der Gewinnsteuersätze auf internationaler Ebene ist auch beim Bund eine Reduktion der Gewinnsteuer angesagt.** Im Bereich Substanzsteuer (Emissions- bzw. Umsatzstempel) besteht zwingender Handlungsbedarf. Bei den natürlichen Personen sind insbesondere die Zweiverdienerhaushalte zu entlasten.

Finanzmarktaufsicht: Effizienzgewinne und Transparenz

Die Schaffung einer branchenübergreifenden Finanzmarktaufsicht ist richtig. Der Finanzplatz Schweiz hat aus Gründen der Reputation ein grosses Interesse an Transparenz und Verlässlichkeit des Rechts. Denn auch Kapitalmärkte kommen nicht ohne Spielregeln aus. Mit Blick auf verschiedene Übernahmen von schweizerischen Unternehmen durch ausländische Gesellschaften kann auch eine verbesserte Börsentransparenz einen Beitrag leisten. **Wir wollen keinen Heimatschutz, aber die Anpassung von Schwellenwerten für die Offenlegungspflicht, der Einbezug von Optionen und verschärfte Sanktionen dienen letztlich der Transparenz des Finanzplatzes.**

4 Wettbewerbspolitik: Marktöffnung weiter vorantreiben

Der funktionierende Wettbewerb ist das Lebenselixier der Marktwirtschaft. In jüngster Zeit hat die Schweiz hier klare Verbesserungen erreicht. *economiesuisse* hat sich dezidiert dafür eingesetzt. Beispiele sind:

- Das **Binnenmarktgesetz** wurde mit einer besseren Eingriffsmöglichkeit der WEKO verschärft und damit der Marktzugang für die Berufsausübung in einem anderen Kanton wesentlich erleichtert.
- Im **Telekommunikationsmarkt** führte die Liberalisierung zu einem intensiveren Wettbewerb mit deutlich tieferen Preisen und besseren Angeboten für die Konsumenten. Dieser Weg ist entschieden weiterzuerfolgen.
- Im **Strommarkt** bewirkte der Leitentscheid der WEKO über den konkreten Fall hinaus eine Öffnung mit preissenkenden Wirkungen. Leider scheiterte die volle Marktöffnung im ersten Anlauf und bleibt damit weiter auf der wettbewerbspolitischen Agenda von *economiesuisse*.

Postulate: Wettbewerbspolitik

Eine offene Wettbewerbspolitik bleibt Priorität für *economiesuisse*. Entscheidend ist, dass der Zugang zu unserem Markt erleichtert wird. Nur so kann Konkurrenz geschaffen werden, die tiefere Preise und grössere Vielfalt an Produkten und Dienstleistungen sichert. Zentrale kommende Herausforderungen sind:

Beseitigung von Handelshemmnissen mit „Cassis de Dijon“ ohne Diskriminierung

Nach wie vor behindern Sondervorschriften den Marktzugang. Während in der Schweiz etwa bei Maschinen die gleichen Regeln wie in der EU gelten, müssen beispielsweise verarbeitete Lebensmittel besonders beschriftet werden. Auf solche Sondervorschriften muss konsequent verzichtet werden. Die Abschaffung öffnet den Schweizer Markt; Harmonisierung und vertragliche Vereinbarungen sichern auch Schweizer Exportprodukten Marktzugänge und sind daher zentral. Die konsequente Einführung des Cassis-de-Dijon-Prinzips fördert diese Entwicklung und wird von *economiesuisse* klar unterstützt – auch wenn es einseitig umgesetzt wird. **Die inländischen Produzenten dürfen nicht diskriminiert werden** und müssen nach gleichen Regeln wie ihre ausländische Konkurrenz produzieren können. Das erhöht den notwendigen Liberalisierungsdruck. Ausnahmeregelungen, wie sie von Konsumentenorganisationen gefordert werden, führen zu weiterer Abschottung und dürfen nicht aufgenommen werden.

Parallelimporte: Mehr Wettbewerb durch Missbrauchsbekämpfung

Wettbewerb und Schutz des geistigen Eigentums sind zentrale Elemente einer Marktwirtschaft. Das Patentrecht ist ein wichtiges Element im globalen Standortwettbewerb. **Die missbräuchliche Abschottung von Märkten muss jedoch bekämpft werden. Das Instrument dafür ist das Kartellgesetz.** Das hat schon das Bundesgericht im berühmten KODAK-Entscheid festgehalten und der Gesetzgeber bei der letzten Änderung des Kartellrechtes bekräftigt. Dieses Instrument zum Ausgleich zwischen Handels- und Innovationsanreizen muss genutzt werden. Konkrete Fälle können bei der Wettbewerbskommission angezeigt werden. Auch könnte die WEKO mit einer Bekanntmachung zu dieser Frage die Rechtssicherheit gerade für interessierte Importeure verbessern. Das Prinzip der sogenannten nationalen Erschöpfung entspricht dem Standard in allen Industrieländern. Der richtige Lösungsansatz liegt in der Verschärfung der Missbrauchsbekämpfung.

Die Einführung der regionalen Erschöpfung soll trotz bekannter Probleme nochmals geprüft werden. Das würde jedoch ein entsprechendes gegenseitiges Abkommen – mit Wirkung wohl auch für das Marken- und Urheberrecht – bedingen.

Weniger staatlich regulierte Preise, mehr Wettbewerb

Der Staat greift in der Schweiz besonders stark in die Preisbildung ein. Dies gilt bei den Post- und Fernsehgebühren, bei Preisstützungen in der Landwirtschaft, aber auch bei staatlichen Gebühren, sei es für Reisepass oder Abwasser. **Die Belastung von Unternehmen und Konsumenten durch diese Kosten wachsen weit stärker als die übrigen Preise.** Allein die Gebühren für staatliche Dienstleistungen haben sich von 1990 bis 2004 verdoppelt. Für Gebühren aller Art zahlen die Schweizerinnen und Schweizer 10,5 Mrd. Franken mehr. **Die administrierten Preise tragen entscheidend zur „Hochpreisinsel“ bei.** Deshalb müssen diese Staatseingriffe zurückgefahren und durch offenen Wettbewerb ersetzt werden. Eine Trendwende ist allerdings nicht erkennbar. Im Gegenteil: Bei Radio und Fernsehen wurde mit der Gesetzesrevision das bisherige System zementiert. Der Bundesrat schöpft seine Möglichkeiten nicht aus, Zwangsgebühren nur für Kernbereiche einzusetzen.

Öffnung des Postmarktes wie in Europa

Die Schweiz ist im europäischen Vergleich mit der Öffnung des Postmarktes im Hintertreffen. Die Situation ist paradox: **Die Schweiz wäre überdurchschnittlich gut für eine Marktöffnung gerüstet,** wie jüngst eine Studie von PricewaterhouseCoopers gezeigt hat. Der Universaldienst ist überfinanziert, die Kosten tragen Jahr für Jahr die Konsumenten und Unternehmen durch die überhöhten Preise. Die Öffnung des Postmarktes wäre ein echter Beitrag zur Senkung der Preise. Die Grundversorgung wäre dadurch keineswegs gefährdet, zeigt doch das gute Betriebsergebnis der Schweizer Post gerade in diesem Bereich die positive Situation.

Effizientere Gesundheitspolitik dank Wettbewerb auch im Spitalmarkt

Spitäler sind bezüglich Infrastruktur und Kosten der grösste Bereich im Gesundheitswesen. Ein starkes, innovatives und effizientes Gesundheitssystem ist ein wichtiger Standortfaktor mit Wachstumspotenzial. Dazu bedarf es gerade im zentralen Infrastrukturbereich der Spitäler der richtigen Rahmenbedingungen. Den Kantonen fehlt gemäss OECD die nötige Grösse und Fähigkeit, eine effiziente Gesundheitsversorgung zu organisieren. Eine Reform soll deshalb nicht über den Ausbau der kantonalen Planwirtschaft in die Sackgasse der Rationierung führen. **Stattdessen braucht es Leistungstransparenz und -wettbewerb bei medizinischer Qualität und Kosten im Spitalbinnenmarkt.** Der diskriminierungsfreie Marktzutritt wird damit zum Lackmustest der Reform im Gesundheitswesen.

Weniger Regulierungen und Bürokratie

Wirtschaftliches Wachstum wird durch unternehmerisches Handeln und nicht durch die Administration geschaffen. **Der Abbau von Regulierungen und Bürokratie ist deshalb eine Daueraufgabe.** Meldungen, Bewilligungen und Gesuchsverfahren werden laufend ausgebaut. Sie stellen für die Unternehmen eine immer grössere Belastung dar. **Lange Verfahren erschweren und verteuern Bauprojekte, namentlich wenn die vielen Einsprachemöglichkeiten ausgereizt werden.** Ein Beispiel sind die Mobilantennen: Obschon in unserem Land zehn Mal tiefere Grenzwerte als in Europa gelten und wir bereits mehr Handys als Einwohner haben, wird praktisch gegen jede Antenne ein Rekurs erhoben. Nicht die Abschaffung einer Regulierung, sondern die Beibehaltung sollte begründet werden. Gefordert ist nicht nur der Bund, gerade auch auf Kantons- und Gemeindeebene besteht Spielraum. Trotz Binnenmarktgesetz bleiben immer noch Zutrittsbarrieren bestehen. So müssen etwa auswärtige private Bewachungsdienste im Kanton Waadt für jeden einzelnen angestellten Billettkontrolleur an einer Messe einen Strafregisterauszug und ein Handlungsfähigkeitszeugnis einreichen. Wenn Meldungen oder Gesuchsverfahren unentbehrlich sind, müssen sie administrativ erleichtert werden. Dazu gehört, dass alle Formulare elektronisch abrufbar sind.

5 Aussenwirtschaftspolitik: Alle Spielräume nutzen

Traditionell ist die Schweiz in ihren Aussenwirtschaftsbeziehungen sehr offen. Unser Land nimmt bezüglich tiefer Zolltarife für Industrieprodukte weltweit eine Spitzenstellung ein und wendet im Gegensatz zu fast allen anderen Ländern keine Anti-Dumping-Massnahmen an. Ausländische Investitionen sind willkommen. Im Dienstleistungsbereich stehen die Türen ebenfalls weit offen. In starkem Kontrast zu diesem Bild steht unsere Landwirtschaftspolitik, die sich im internationalen Vergleich durch höchste Subventionen und extrem hohe Handelsbarrieren gegenüber dem Ausland „auszeichnet“. Diese Abschottungspolitik wirft Schatten auf unsere Wirtschaftsbeziehungen mit vielen Ländern.

Freihandelsabkommen: Auch als kleines Land ein attraktiver Partner

In der gegenwärtigen Phase neuer Freihandelsabkommen mit Ländern ausserhalb der EU zeigt sich, dass die Schweiz selbst für grosse und wichtige Partner von Interesse ist. Die USA wären bereit gewesen, mit der Schweiz ein Abkommen abzuschliessen, wäre die Schweiz in Landwirtschaftsfragen flexibler gewesen. Erfreulicherweise haben nun Verhandlungen mit Japan über ein solches Abkommen begonnen. *economiesuisse* hat die wichtigsten Freihandelspartner definiert und unseren Behörden bekannt gemacht. Es geht dabei um wichtige OECD-Länder in Übersee und um die BRIC-Staaten sowie um weitere für unsere Wirtschaft wichtige Beschaffungs- und Absatzmärkte. Die Schweiz kommt diesbezüglich mit oder ohne EFTA besser voran als die EU.

EU: Bilateralen Weg fortsetzen

Die EU ist unser wichtigster Handelspartner. Die Schweiz verfügt seit 1972 über ein Freihandelsabkommen, das einen weitgehenden Zugang auf den EU-Binnenmarkt ermöglicht. Zudem konnten sehr gute bilaterale Abkommen ausgehandelt und in Kraft gesetzt werden. Die Schweiz ist somit wirtschaftlich eng mit den EU-Mitgliedstaaten verbunden. Das ist wichtig für unsere Unternehmen. **Es besteht kein Grund, von diesem erfolgreichen bilateralen Weg abzuweichen.** Unser Land hat in eigener Regie bessere Rahmenbedingungen als diejenigen, die wir bei einem EU-Beitritt zu übernehmen hätten. In der EU sind es vor allem drei Bereiche, die aus Unternehmenssicht grundsätzliche Probleme aufwerfen: Die Finanz- und Fiskalpolitik, die Geld- und Währungspolitik sowie die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. *economiesuisse* hat stets mit Klarheit für den bilateralen Weg gekämpft. Die Stellungnahme im letzten Jahr war wegweisend für weitere politische Weichenstellungen.

Postulate: Aussenwirtschaft

Multilateralen Weg deblockieren

Auch wenn derzeit die Doha-Runde blockiert ist, unterstützt *economiesuisse* aus grundsätzlichen Erwägungen weiterhin Verhandlungen im Rahmen der WTO. Diese bringen für eine kleine offene Volkswirtschaft grosse Vorteile. Man sollte den Mut nicht verlieren, diese Verhandlungsrunde wieder in Gang zu bringen. Sollten die Doha-Verhandlungen schlimmstenfalls endgültig scheitern, ist es sinnvoll, eine neue Runde auf neuen und weniger belasteten Grundlagen zu starten.

Freihandelsabkommen forcieren

Wegen der fehlenden Fortschritte auf der WTO-Schiene gilt es, mit wichtigen Partnern in Übersee Freihandelsabkommen abzuschliessen, um Diskriminierungen der Schweizer Wirtschaft zu vermeiden. Mit solchen Abkommen kann zudem bezüglich Öffnungsgrad und Bereichen der Zusammenarbeit weitergegangen werden als das innerhalb der WTO möglich ist. *economiesuisse* hat Anfang 2007 die Prioritäten für neue Freihandelsabkommen fixiert und bekannt gegeben. Im Zentrum stehen Abkommen mit wichtigen OECD-Ländern ausserhalb Europas und mit den BRIC-Staaten. Von besonderem Interesse ist ein Abkommen mit den USA, dem zweitgrössten Markt der Schweiz nach der EU. Nach dem Bundesrats-Nein zur Verhandlungsaufnahme für ein Freihandelsabkommen mit den USA im

Januar 2006 ist für die Wirtschaft ein unerfreuliches Vakuum entstanden. Südkorea, das mit ähnlichen Strukturproblemen im Landwirtschaftsbereich zu kämpfen hat wie die Schweiz, konnte im letzten Monat die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit den USA zu einem guten Abschluss bringen.

Es gibt also keinen Grund dafür, dass die Schweiz in Washington nicht vorstellig wird, um einen gemeinsamen Nenner mit den USA für ein solches Abkommen zu finden. economiesuisse fordert den Bundesrat auf, über den eigenen Neinsager-Schatten zu springen und diesen wichtigen Schritt im Interesse der Schweizer Unternehmen in Angriff zu nehmen.

Die Entwicklungszusammenarbeit ist ein wichtiges Instrument der Aussenpolitik. Aber auch die wirtschaftlichen Interessen sollten nicht vergessen werden, wie das übrigens die anderen Geberländer auch nicht tun. Deshalb muss auch die Aussenwirtschaftspolitik die Möglichkeit haben, ihren Zielen, z.B. die Aushandlung von Wirtschaftsverträgen, mit Unterstützungsmassnahmen an Entwicklungs- und Transitionsländer Nachhalt zu verschaffen.

Zukunft der Beziehungen mit der EU

economiesuisse will den bilateralen Weg mit der EU weiterhin konsequent beschreiten. Das heisst weder Stillstand noch Alleingang. Die bestehenden bilateralen Abkommen werden laufend auf ihre Funktionalität überprüft und – sofern erforderlich – im gegenseitigen Interesse an die neuen Gegebenheiten angepasst. Es gibt einige wenige Bereiche, in denen die Zusammenarbeit noch verbessert werden kann, so zum Beispiel in den Bereichen Elektrizität und Agrarhandel. Der bilaterale Weg ist zwar nicht einfach, und es wird stets neue Herausforderungen geben, wie die aktuellen Meinungsunterschiede im Fiskalbereich zeigen. Die Bedingungen des bilateralen Wegs sind aber deutlich bessere als die, denen die Unternehmen bei einer EU-Mitgliedschaft unterworfen wären.

EU-Steuerstreit: Steuersouveränität nicht verhandelbar

Die Position der Schweiz ist juristisch, aber auch durch viele Volksentscheide sehr gut abgestützt. Die Stimmberechtigten haben den bilateralen Weg wiederholt bestätigt. Die Schweiz ist vertragstreu und der Rückgriff auf das Freihandelsabkommen ist nicht gerechtfertigt. Im Fiskalbereich besteht kein Abkommen mit der EU. **Der internationale Steuerwettbewerb ist eine Realität. Eine Einmischung in die Steuersouveränität der Schweiz durch die EU kann nicht akzeptiert werden.** economiesuisse unterstützt den Bundesrat in seiner Haltung, dass Verhandlungen nicht in Frage kommen. Offensichtlich gibt es aber Erklärungsbedarf. Der Dialog mit der EU soll nach wie vor gesucht werden.

Gute Standortpolitik zahlt sich aus

Weltweit herrscht ein harter Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte. Aussenwirtschaft und Binnenwirtschaft sind mehr denn je miteinander verknüpft. **Eine offene Aussenwirtschaftspolitik wirkt sich positiv auf den Wettbewerb im Inland, auf die Strukturanpassungen der Unternehmen und auf die Wirtschaftssektoren aus.** Eine gute Wirtschaftspolitik im Inland befähigt die Unternehmen, besser im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. economiesuisse setzt sich mit Nachdruck für Verbesserungen in beiden Bereichen ein.